

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzj. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzj., unter Kreuzband und gedruckter Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Inserionsgebühr für eine Garmond-Spaltzelle oder den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. In diesen Gebühren ist noch der Insertionsstempel per 30 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Inserate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels)

Laibacher Zeitung.

Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung aus Laxenburg vom 20. Juni l. J. die bei dem Oberlandesgerichte in Graz erledigte Vize-Präsidentenstelle dem Hofrath Rudolph Celen v. Pflügl in Graz allergnädigst zu verleihen und auf die dadurch in Erledigung gekommene Oberlandesgericht-Rathsstelle in Graz den Rath des Oberlandesgerichtes in Lemešvar, Moriz von Del Negro, über sein Ansuchen zu versetzen geruht.

Der Justizminister hat den Staatsanwalt-Substituten bei dem Landesgerichte zu Großwardein, Karl Ingruber, zum Staatsanwalt bei dem Komitatsgerichte zu Debreczin mit dem Charakter eines Komitatsgerichtsrathes; ferner den Staatsanwalt-Substituten bei dem Komitatsgerichte zu Urad, Karl Marjaly, zum Oberstaatsanwalts-Stellvertreter bei dem Oberlandesgerichte zu Großwardein mit dem Charakter eines Rathsekretärs des Oberlandesgerichtes, Letzteren in definitiver Weise, jedoch extra statum ernannt.

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 25. Juni.

Die Sitzungsberichte des Reichstags fesseln unsere ganze Aufmerksamkeit. Sie werden in solcher Vollständigkeit veröffentlicht, daß dadurch die Befürchtung, das Land werde nur Weniges über die Verhandlungen erfahren, als gänzlich beseitigt erscheinen muß. Die Verhandlungen in der Sitzung vom 21. d. M. gehören zu den wichtigsten, welche bisher stattfanden. Nicht allein, daß der parlamentarische Charakter des Reichsrathes durch den Herrn Justizminister hervorgehoben wurde, indem derselbe einen Ausspruch des Grafen Bärkoczzy als „nicht parlamentarisch“ tadelte; es ist auch durch den Majoritätsbeschluß über den Antrag des Grafen Szekes: „Die Kompetenz des Reichsrathes, in legislatorischen Dingen ein Votum abzugeben, so lange zu suspendiren, bis die großen Prinzipienfragen, welche gelegentlich des Budgets im Comité berathen werden sollen, vor der Versammlung zur Entscheidung kommen“, die ganze Haltung des Reichsrathes gegenüber dem Programm markirt worden. Die wichtigste Prinzipienfrage ist die der Reichseinheit, weil in Bezug auf dieselbe zwei große Parteien sich gegenüber stehen. Die Frage über die Formen, Rechte und Befugnisse der Zentralvertretung steht über jener die Ausdehnung und Berechtigung der Einzelvertretungen betreffende Frage. Welche Lösung jeder österreichische Patriot wünschen muß, ist unnöthig auszusprechen.

Die Verhandlungen und Besprechungen der deutschen Fürsten in Baden haben zunächst ein Resultat gehabt, nämlich einen Streit der Journale untereinander, wer zuerst gesprochen habe, der Prinz-Regent oder der König von Württemberg. Der Streit wurde durch das Telegramm hervorgerufen, welches die Rede des Prinz-Regenten als „Antwort“ bezeichnete, den Inhalt derselben aber zuerst mittheilte. Gegenüber den Behauptungen, daß der König von Württemberg zuerst gesprochen und der Prinz von Preußen mit entschiedenem Festhalten an der bisherigen Politik Preußens geantwortet habe, erklärt das „Dresdener Journal“ aus sicherer Quelle, daß der Prinz-Regent zuerst sprach und der König von Württemberg, als Senior der anwesenden deutschen Fürsten, antwortete, daß ferner die Rede des Prinzen von Preußen auf Einigung und Verständigung der deutschen Fürsten unter einander und mit Oesterreich viel mehr Gewicht legte, als die gothaische und spezifisch preußische Partei-Presse zugeben will.

Die Konferenzen der Minister der deutschen Staaten, welche auf die Zusammenkunft in Baden-Baden folgen sollten, scheinen vorläufig nicht zu Stande zu kommen. Aus München wird der „Süddeutschen Zeitung“ Folgendes unter dem 21. d. berichtet: „Im Laufe des gestrigen Vormittags erhielt der Staatsminister Freiherr v. Schrenk die Nachricht, daß die Konferenzen deutscher Staatsmänner erst beginnen sollen, wenn die Verhandlungen zwischen Preußen und Oesterreich bis zu einem gewissen Punkte vorgeritten seien.“

Die „N. N. Ztg.“ will durchaus nicht an die Wahrscheinlichkeit der Napoleon'schen Friedensversicherungen glauben. Sie meint, Louis Napoleon sei mit seinen Plänen abgeblüht, aber er sei nicht der Mann, der sie aufgeben, er werde wieder kommen, nicht nur um der Eröffnung der Rheinbrücke beizuwohnen, sondern um noch einen Versuch zu machen, sich in Deutschlands innere Angelegenheiten zu mischen. Sie gibt schließlich den Rath: Machen wir es wie die Engländer, die ihre inneren Reformfragen abbrechen und vertagen, ihre beste Zeit aber darauf verwenden, sich in guten Vertheidigungszustand zu setzen. Dämpfen wir etwas unsere kurbesessenen Rechtsgegensinnfragen: richten wir unsere gespannte Aufmerksamkeit, unsere ganze Kraft auf das sich zusammenballende Ungewitter im Westen, das verheerend auf unsere Saaten sich zu stürzen droht.

Verhandlungen des verstärkten Reichsrathes.

Sitzung vom 21. Juni 1860.

(Offizieller Bericht.)

(Fortsetzung.)

Der Herr Justizminister erhob sich hierauf zu der folgenden Erwiderung:

„Ich habe heute hier nicht das Wort ergreifen wollen, denn nach meiner Ansicht sollte die ganze Verhandlung das Verhältnis eines Comité-Mitgliedes gegenüber dem gesammten Reichsrathe betreffen.“

„Der Herr Graf Bärkoczzy ist von dem hohen Reichsrathe in's Comité bestimmt worden; er ist durch das Vertrauen des Reichsrathes hineingesendet worden. Ich habe dabei keine Stimme gehabt, ich habe ihn nicht gewählt, mich geht daher sein Austritt oder sein Verbleiben gar nichts an. Ich wäre sehr erfreut, wenn der Herr Graf Bärkoczzy im Comité bleiben würde, weil ich, so unerquicklich die Verhandlungen auch sein dürften, der guten Sache jedes Opfer zu bringen bereit bin und weil ich bereit bin, alle Bemerkungen, die der Herr Graf in der Comité-Berathung machen würde, nach Möglichkeit zu beleuchten. Alle jene Daten, die er sich auf brieflichem Wege verschafft hat, sind gewiß als sehr schätzbares Material zu betrachten, und in dieser Beziehung hätte ich allerdings nichts zu sprechen; jedoch der Herr Graf Bärkoczzy hat sich persönlich an mich gewendet und hat die Worte, die ich am 8. Juni gesprochen, zu widerlegen getrachtet. Ich antworte darauf: „Quod uni justum, alteri aequum.“ Ich würde auch heute über acht Tage im Stande sein, den Bemerkungen des Herrn Grafen, wenn ich seine gedruckte Rede gelesen hätte, Paragraph nach Paragraph, Wort für Wort zu begegnen.“

„Ich habe auf der Welt nichts leichter gefunden, als bekriechen. Ich werde so glücklich sein, wenn ich auch nicht so besondere Geistesgaben besitze und vielleicht schwächer im Ausdrucke bin, zu zeigen und nachzuweisen, daß hier irrige Ansichten und Anschauungen vorgekommen sind.“

„Ich bin übrigens weit entfernt, zu behaupten, daß meine Anschauungen die richtigen seien; ich bin bereit, in die Meinung der Anderen einzugehen, und bin sehr gerne bereit, wenn man mir mit Gründen

entgegenkommt, diese zu widerlegen oder anzunehmen. Ich halte es aber für meine Pflicht, so lange ich Minister Sr. Apostol. Majestät bin, dem hohen Reichsrathe gegenüber den Grundsatz zu beobachten, daß ich überall, so viel als möglich, Aufklärungen gebe.“

„Was ich damals sagte, habe ich auch nur in Erwiderung auf die Bemerkungen des Herrn Grafen Bärkoczzy gesprochen. Ich bin der Rede des Herrn Grafen Bärkoczzy Punkt für Punkt gefolgt und habe darauf geantwortet, was ich zu antworten als Minister Sr. Majestät berechtigt und verpflichtet war.“

„Leider muß ich jetzt in die Debatte eingehen, nachdem ich nicht gestatten kann, daß Angriffe gegen mich gemacht werden, die unwiderlegt in's Publikum kommen.“

„Der verehrte Herr Vorredner spricht von Einförmigkeit in der Administration; da sind wir verschiedener Ansicht. Ich halte das Grundbuch nicht für eine administrative Maßregel, sondern für eine Maßregel der Gesetzgebung; ich glaube, daß die Grundbücher in die allgemeine Gesetzgebung, daß sie in's formelle Recht gehören, welches mit dem materiellen Rechte Hand in Hand gehen soll.“

„Ich habe dieses auch neulich schon weillänfig auseinandergesetzt und glaube, daß sehr viele der Herren hierüber mit mir einverstanden sind. Daß in der Form, welche ein „Frankfurter Auswuchs“ sein soll, daß vielleicht in diesem Formwesen einige Änderungen eintreten können, ist möglich, und dafür ist das Comité bestimmt, und in so weit, als es in seiner Mehrheit gegen die Stimme des Herrn Grafen Bärkoczzy war, steht es dem Herrn Grafen immerhin frei, in der Plenarsitzung seine Gegengründe anzuführen und dieselben ohne Leidenschaftlichkeit oder Heftigkeit auseinander zu setzen. Der hohe Reichsrath wird dann sehr gerne darauf eingehen, und ich selbst werde trachten, diese Ansicht entweder zu berichtigen, oder auch die Meinung des Herrn Grafen zu theilen. Daß die Einführung der Grundbücher nutzlos sein soll, das muß ich gesehen, wäre schwer zu beweisen; ich glaube, daß die allgemeine Meinung in der ganzen Welt die ist, daß der Realkredit nur befördert wird, wenn ordentliche Grundbücher bestehen; die entgegengesetzte Meinung zu widerlegen bin ich nicht im Stande.“

„Daß diese Grundbucheinführung nicht genug praktisch war, daß auf die Wünsche einzelner Parteien nicht Rücksicht genommen wurde, muß ich bedauern, aber die Herren werden einsehen, daß ich in Ungarn nur ein ganzes Komitat edictaliter publiziren konnte, denn Sie wissen, daß in Ungarn die Intabulation auf das ganze Komitat und auf alle Liegenschaften im Komitate war. Es konnte also keine Rektifizierung geschehen, ohne daß das ganze Komitat regulirt war, und es war mir daher nicht möglich, eine Gemeinde auszulassen und die übrigen Gemeinden des Komitates edictaliter zu publiziren.“

„Ich habe neulich schon gestanden, daß ich selbst im Anfange auch dieselbe Ansicht des Herrn Grafen Bärkoczzy theilte und dagegen war, in den Gemeinden, wo nicht kommassirt ist, das Grundbuch einzuführen, später aber durch die Erfahrung dahin belehrt wurde, daß ich dabei die Grundbucheinführung hätte auf viele Jahre verschieben müssen, wenn ich hätte warten wollen, bis allgemein kommassirt war. Ich glaube nicht, daß der Herr Graf Bärkoczzy dem widersprechen wird, wenn ich sage, daß noch Jahrzehente vergehen dürften, bis alle Gemeinden in Ungarn regulirt und kommassirt sein werden.“

„Was die Sprache betrifft, so glaube ich, hat der Herr Graf Bärkoczzy mir selbst Zeugnis gegeben; ich habe den Preßburger und Kaschauer Bezirk nicht erwähnt, wie es mit den übrigen Verwaltungsbezirken ist, aber bereits auseinandergesetzt. Wenn Verordnungen erlassen und dieselben nicht gehandhabt worden sind, so kann ich nur bedauern, daß darüber

keine Anzeige an das Justizministerium geschoben ist. Es wäre mir sehr angenehm, wenn der Herr Graf die Worte lesen wollte, welche ich in Bezug auf meine Verordnungen gesprochen habe. Ich habe Verordnungen erlassen und muß glauben, daß diese Verordnungen befolgt werden; ich werde also den Herrn Grafen Bärkoczy bitten, seine Aeußerung hier zu widerrufen: „ich hätte nicht der Wahrheit getreu gesprochen.“ Das ist eine Sprache, die nicht parlamentarisch ist. Wenn ich nicht der Wahrheit getreu gesprochen habe, so wollen der Herr Graf es mir beweisen. Was ich gesagt habe, ist wahr. Daß die Organe vielleicht nicht in jedem einzelnen Falle das gethan haben, was ich befohlen, ist möglich. Der Herr Graf Bärkoczy wird sehr gut wissen, daß der Justizminister nicht hinter jedem Beamten stehen kann. Wolle der Herr Graf in's Justizministerium kommen und sich selbst überzeugen: wo Klagen gekommen sind, habe ich entsprechende Befehle ertheilt, mehr kann ich nicht thun, aber ich halte diesen Ausdruck: „daß ich nicht der Wahrheit getreu gesprochen hätte“, für einen solchen, den ich nicht leiden darf.“

Graf Bärkoczy:

„Ich widerrufe ihn aber nicht.“

Der Herr Justizminister:

„Ich muß aber bitten, daß die betreffende Stelle des Protokolls vorgelesen werde, über das, was ich damals gesagt habe. Ich habe nicht gesagt: „Was geschieht ist“, sondern: „Was ich befohlen habe.“ Das wäre traurig, wenn ein Minister Sr. Majestät sich sagen lassen wollte, was er gesagt, sei eine Unwahrheit. Ich muß daher auf dem Widerruf bestehen.“

Graf Bärkoczy:

„Die betreffende Stelle in der „Wiener Ztg.“, deren Veröffentlichung ich doch für eine offizielle halten muß, lautet: „Einschieden ist diese Frage noch nicht, weil ich bezüglich derselben erst erheben ließ, ob die betreffenden Gemeinden in ihrer Majorität ungarisch seien. Ist die Bevölkerung daselbst der Majorität nach ungarisch, so wird die Erfüllung des gestellten Begehrens keinem Anstande unterliegen; ist die Bevölkerung aber eine vorzugsweise ruthenische, dann wird das Grundbuch in ruthenischer Sprache geführt werden.“ Zum Beweise der falschen Ausföhrung dieses Grundgesetzes habe ich nur meine frühere Bemerkung gemacht, und werde ich beweisen, daß im ganzen Kaschauer Gebiete, wo 400.000 Ungarn wohnen, nicht ein einziges ungarisches Grundbuch existirt. Dieser Satz ist also falsch; ich widerrufe demnach hier nichts, und werde darüber auch nöthigenfalls einen Eid ablegen.“

Der Herr Justizminister:

Die Reden werden stenographirt und der Herr Graf hat hier ausdrücklich gesagt: „es war dieses meinerseits nicht der Wahrheit getreu gesprochen“, das ist es, was ich widerrufen haben will.“

Graf Bärkoczy:

„Betrifft meine Aeußerung andere Punkte, dann widerrufe ich sie.“

Der Herr Justizminister:

„Das ist etwas Anderes. Auf das werde ich antworten, sobald der Herr Graf Bärkoczy diesen Passus widerrufen. Sie haben selbst von mir gehört, als die Rede davon war, die Beamten hätten nicht immer ihre Pflicht gethan, daß ich dieß ausdrücklich gerügt und nicht entschuldigt habe — das ist wohl von selbst die Widerlegung.“

„Das Andere aber ist eine Sache, die mich persönlich betrifft, und bezüglich dieser muß ich um Entschuldigung bitten, wenn ich sie hier vorgebracht.“

„Was die Frage betrifft, daß im Kaschauer und im Preßburger Verwaltungsgebiete alle Grundbücher deutsch sind, so habe ich das nie in Abrede gestellt. Ich habe von Preßburg und Kaschau mit Vorbedacht nicht gesprochen, weil man dort von der Meinung ausgegangen ist, daß die Mehrtheit der Bevölkerung slavisch und von einer anderen Sprache, als der ungarischen ist, und deshalb hat man dort deutsche Grundbücher eingeföhrt.“

„Ich habe nur jene Daten, die man mir amtlich gibt; möglich, daß sie nicht der Wahrheit getreu sind — jeder Mensch kann betrogen werden.“

„Im Pesther Sprengel habe ich 751 ungarische und nur 94 Gemeinden mit gemischter (deutscher) Bevölkerung.“

„Was die „gewohnte Leichtigkeit“ betrifft, welche mir der Herr Graf Bärkoczy vorgeworfen, so sollte ich glauben, daß diese mir eher zum Lobe, als zum Tadel gereiche. Es ist wahrlich keine angenehme Aufgabe, als Justizminister solchen Angriffen gegenüber zu stehen; aber ich nehme sie leicht, weil ich glaube, daß der Wille gut ist, und aus Uebermaß des Eifers zum Guten manchmal solche Aeußerungen fallen, die unangenehm lauten.“

„Ich bin weit entfernt, zu glauben, daß es wirklich im Herzen so geföhlt ist, als es herausgestoßen und hinausgeschleudert wird. Es wäre aber immerhin doch angenehm auch darauf Bedacht zu nehmen, daß die Sache in's Protokoll und in die Zeitungen kommt und ich dadurch in die traurige Nothwendigkeit ver-

setzt werden könnte, dann Berichtigungen darüber zu geben, die mir selbst unangenehm fielen.“

„Es würde mich in der That sehr unangenehm beröhren, wenn es in meiner Verteidigung, wie dem geehrten Herrn Vorräuer gegenüber, zu solchen unersüßlichen Erörterungen kommen sollte, die der hohen Versammlung selbst gleichfalls nur unerquicklich sein dürften. Was endlich die Kosten anbelangt, so habe ich mich schon neulich in der Richtung geäußert, daß ich glaube, man sei so wohlthätig als möglich vorgegangen.“

„Ich habe aber nicht gesagt, ob diese Kosten vom Lande oder vom Staate getragen werden sollten, und nur die Thatsache dargestellt, daß ein bedeutender Theil derselben hereingebracht wird durch die Intabulationstaxen und Gebühren.“

„Ich habe das dem v. Reichsrathe mitgetheilt und die Sache also so weit wie möglich erörtert. Ich muß mich aber im Allgemeinen dahin verhalten: es ist das letzte Mal, daß ich auf solche Angriffe antworte; ein anderes Mal werde ich darüber schweigen, da ich es nicht für nöthig und passend halte, daß ein Minister Sr. Majestät über eine Frage, die nicht an der Tagesordnung ist, sich äußere.“

„Ich hätte aber auch die ganze Sache mit Still-schweigen übergehen und einfach sagen können, was nicht zur Sache gehört, das habe ich nicht zu beantworten, denn die Frage war allein die: der Herr Graf Bärkoczy will aus dem Comité austreten und an seiner Stelle soll ein anderes Mitglied gewählt werden. Welcher der Herren Reichsrathe aber aus dem Comité tritt, ob der Herr Vorsprecher oder ein Anderer, das kann mir ganz gleichgültig sein, und darüber habe ich auch gar keine Meinung.“

Nun erhielt der außerordentliche Reichsrath Graf Szöcsen das Wort zu folgender Rede:

„Se. Maj. Hoheit der durchlauchtigste Herr Präsident haben uns den Austritt des Herrn Grafen Bärkoczy aus dem Comité mitzutheilen und die Verfügungen, welche in dieser Hinsicht zu treffen sind, der Beschlußfassung der hohen Versammlung anheimzustellen geruht. Ohne in die Diskussion einzugehen, welche aus Anlaß dieses Austrittes stattgefunden hat, erlaube ich mir in Bezug auf die spezielle Frage Folgendes zu bemerken: Der hohe Reichsrath hat in der letzten Sitzung, in welcher er über den Entwurf der Grundbuchsordnung die Verhandlung pflog, alle prinzipiellen und präjudiziellen Fragen der Erwägung des Comité's anheimgestellt und dasselbe deshalb auch ohne weitere Instruktion gelassen. Da nun die heutige Wahl eine rein geschäftsordnungsmäßige Ergänzung der von der Versammlung in ihrem letzten Beschlusse festgesetzten Anzahl von 7 Mitgliedern ist, so glaube ich, können wir unbedenklich in diese Wahl eingehen. Doch müßte zu gleicher Zeit durch einen deutlichen Beschluß festgestellt werden, daß hierdurch keine von jenen prinzipiellen und präjudiziellen Fragen beröhrt werde, deren abweichende Auffassung den Austritt des Herrn Grafen Bärkoczy veranlaßte.“

„Nicht als ob ich der Meinung wäre, daß diese prinzipiellen Fragen übergangen werden können oder sollen, sie müssen und sollen vielmehr mit rückhaltloser Offenheit erwogen werden. Ich halte es jedoch für eine höchst wichtige Sache, zu erwägen, wie, wann und auf welchem Felde, dann in welchem Zusammenhange sie zu besprechen sind. Es wäre bedauerlich, wenn der hohe Reichsrath nur die spezielle legislative Aufgabe in's Auge fassen und nicht die Gesamtheit seiner Stellung und seiner Lage in Betracht und mit ruhiger Besonnenheit und fester Entschlossenheit zur Richtschnur seines Vorgehens nehmen sollte. Der Zusammentritt einer beratenden Versammlung, welcher Art sie auch immer sein möge, gibt noch keine Garantie eines heilsamen Erfolges. Erst die Art und Weise, wie die Versammlung ihre Aufgabe auffaßt, gibt ihrem Auftreten das wahre Gewicht und die Bedeutung. Die ausgedehntesten Befugnisse können wirkungslos bleiben oder geföhrt werden, die mächtigsten hingegen heilbringend und segensreich wirken durch die Art und Weise, durch den Geist, in dem sie gehandhabt werden. Der hohe Reichsrath kann im Allgemeinen seine Stellung nicht ignoriren, und wollte er es auch, so würden ihn die vielen, bei jedem speziellen Falle auftauchenden prinzipiellen Fragen unwillkürlich an den Ernst der Lage mahnen, der auch für den Reichsrath ein unabwieslicher Gegenstand der reiflichen Erwägung sein muß, und der in wiederholten Aeußerungen des Allerhöchsten Willens seinen prägnantesten Ausdruck gefunden hat. Es hieße nichts anderes als den Reichsrath in die Lufi stellen, die Wurzel eines Institutes entlösen und dem Ersterben preisgeben wollen, durch deren sorgsame Pflege Se. Majestät der Kaiser die Blüthe einer hoffnungreichen Zukunft herbeizuföhren die Absicht begt. Wenn wir, den Ernst der Verhältnisse ignorirend, in die Diskussion einzelner so gewichtiger Fragen eingehen, so können wir nach meiner Meinung der uns gestellten Aufgabe nicht genügen. Kein Reichsrath und namentlich keiner aus Ungarn

würde in der Lage sein, bei dieser Gelegenheit seine Wünsche, Rechtsanschauungen und Rechtsüberzeugungen, die im ganzen Lande verbreitet sind, stillschweigend zu übergeben, weil dieß ebenso die Treue und Pflicht gegen seinen Monarchen, wie die Treue und Pflicht gegen das Vaterland gebietet. Wenn wir aber bei ähnlichen Diskussionen solche Fragen nur in ihrer Einzelheit und niemals in ihrer Gesamtheit zum Gegenstand unserer Berathung und Beschlußfassung machen, so werden sie niemals in jener Weise gelöst werden, welche durch das öffentliche Wohl gefordert wird, und wir werden stets nur bei einer einseitigen Auffassung stehen bleiben, während gerade in ihrer Gesamtauffassung die alleinige Garantie eines heilsamen Erfolges gegeben ist.“

„Das Allerhöchste Handschreiben vom 19. April d. J. hat gegenüber den verschiedenen Ländern der Monarchie die Lösung angedeutet, welche den dort herrschenden Wünschen und Bedürfnissen entsprechen soll, und namentlich gegenüber von Ungarn durch Hinweisung auf die Einberufung des Landtages eine Lösung angedeutet, welche den weitverbreiteten und tiefwurzelnden Rechtsgeföhlen und Rechtsanschauungen entgegenkommt. Es kann nicht die Aufgabe des Reichsrathes sein, durch eine Beschlußfassung über einzelne Vorlagen in dem einen oder dem anderen Sinne diese Lösung abgrenzen oder beschränken zu wollen.“

„Ich würdige die Motive, welche die Regierung veranlaßt haben, gewisse Gesetzesvorlagen je eher der Berathung des verstärkten Reichsrathes zu unterbreiten, und eben so gut begriffe ich den Wunsch einzelner Mitglieder, in der Berathung derselben mit rückhaltlosem Eifer vorzugehen; aber alle Rücksichten müssen vor der großen Aufgabe verschwinden, unsere Kräfte nicht zu versplättern, sondern sie auf jenem Terrain zusammenzuhalten, welches wir bei der Wahl der Mitglieder für das Comité zur Prüfung des Budgets im Auge hatten. Die heutige Diskussion würde mich selbst veranlassen, hier den Wunsch und die Bitte auszusprechen, daß die beratende legislative Thätigkeit des verstärkten Reichsrathes in diesem Augenblicke und insolange von der hohen Regierung nicht mit speziellen Fragen in Anspruch genommen werden möge, bis der allgemeine Bericht über die Budgetvorlagen der Berathung unterzogen sein wird, wenn ich meinerseits nicht von der Ueberzeugung durchdrungen wäre, daß die hierfür sprechenden Gründe so gewichtig sind, daß sie auch ohnedem von der hohen Regierung selbst gewürdigt und zur Kenntniß Sr. k. Apostolischen Majestät gebracht werden dürften.“

„Die Aufgabe des Reichsrathes liegt nach meiner Meinung ganz einfach darin: nicht beschließen, wozu ihm ebenjowohl nach oben wie nach unten die Kompetenz abgeht, wohl aber aufklärend, beratend, vermittelnd die Materialien zu jenen Lösungen zu bieten, welche die landesväterliche Fürsorge Sr. Majestät des Kaisers in Aussicht gestellt hat.“

„Diese Aufgabe kann am besten gelöst werden, wenn der Reichsrath die Vorlagen für das Budget in ihrer Gesamtheit zusammenfaßt, wo dann jeder Punkt an seinen rechten Platz gestellt und durch Beleuchtung der gegenseitigen Ansichten und Wünsche geklärt den Gegenstand einer entsprechenden Beschlußfassung bildet. Wenn ich mir daher erlaube, in dieser Hinsicht einen Antrag bei Gelegenheit der Wahl des 7ten Mitgliedes für das Grundbuchs Comité zu stellen, so weiß ich sehr gut, daß dieser Antrag einen Weg der Selbstverläugnung bezeichnet, einen Weg der Selbstverläugnung für die hohe Regierung, welche sich vielleicht bestimmt finden dürfte, mancherlei Vorlagen noch einige Zeit hinauschieben, einen Weg der Selbstverläugnung für manche Mitglieder, denen es eben besonders dringend erscheinen kann, diese Fragen zur Sprache zu bringen, endlich für uns Alle, die wir die Wünsche, Geföhle und Rechtsanschauungen der Länder, welche wir zwar nicht vertreten, deren Anliegen wir aber Ausdruck zu geben haben, — zur Kenntniß der Versammlung und dadurch zu jener Sr. Majestät des Kaisers zu bringen berufen sind. Die Lösung dieser Aufgabe sehe ich aber nicht in der Befriedigung des persönlichen Wunsches je eher diesen persönlichen Geföhlen Ausdruck zu geben, sondern vielmehr darin, diese Ansichten in einer Weise zusammenzufassen, daß aus ihrem Ausdruck ein heilsamer Beschluß für das Ganze hervorgehen könne.“

„Von dieser Ueberzeugung ausgehend, erlaube ich mir, der hohen Versammlung folgenden Antrag zu unterbreiten:

„Zur Wahl eines siebenenten Comité-Gliedes an die Stelle des ausgetretenen Grafen Bärkoczy zu schreiten, zu gleicher Zeit aber entschieden festzustellen, daß diese Wahl keine wie immer geartete Beschlußfassung über jene prinzipiellen Fragen in sich fasse, deren abweichende Auffassung den Austritt des Herrn Grafen Bärkoczy herbeizuföhrt hat, und gleichzeitig zu erklären, der Reichsrath sei hierbei von der Ueberzeugung geleitet, daß die ersprißliche Behandlung der Prinzipienfragen nur dann statfinden könne, wenn selbe in ihrer Gesamtheit aufgefaßt werden,

weshalb die Entscheidung über die speziellen Gesetzesvorlagen, welche prinzipielle Fragen in sich fassen, bis zur Verathung des Berichtes über den Staatsvoranschlag vorbehalten bleibt, der die passendste Gelegenheit zur Verhandlung der Fragen in ihrer Gesamtheit bildet, wobei die hohe Versammlung nicht zweifelt, daß auch die hohe Staatsregierung dem Gewichte der Gründe, auf welchem diese Auffassung beruht, in Betreff neuer Vorlagen eine entsprechende Würdigung und Beachtung nicht versagen werde.“

(Fortsetzung folgt.)

Oesterreich.

Wien. Se. Majestät der Kaiser haben befohlen, nachdem für die Armeereorganisation mit der Allerhöchsten Entschluß vom 11. April 1860 wesentlich ändernde Bestimmungen erlassen sind, die bisherige General-Remontierungsinpektion die Benennung: „General-Militär-Geschäfts-Inspektion“, — die Beschäftigung und Remontierungsbranche den Namen: „Militär-Geschäfts-Branche“ anzunehmen hat, während den jetzigen Beschäftigungs- und Remontierungskommanden die Bezeichnung: „Militär-Hauptdepot in . . .“ zu ertheilen ist.

Wien, 23. Juni. Nach den Ausweisen, welche dem Reichsrathe vorgelegt worden, beträgt die ganze Staatsschuld auf 5 pCt. Kapital reduziert 2265 Millionen fl. Das Gesamterforderniß dieses Postens ist präliminirt mit 113,407,500 fl., um 2,716,400 fl. mehr als im Jahre 1860; davon entfallen auf die in Konventionsmünze verzinstliche Schuld 86,003,400 fl., auf die BB. verzinstliche Schuld 633,300 fl., auf die schwedende Schuld 8,335,800 fl., Lottaanleihen 1,687,700 fl., Subvention an den Lloyd 1 Mill. 500,000 fl., an die Donaudampfschiffahrtsgesellschaft 1,000,000 fl., an die Westbahn 500,000 fl. Für die Schuldentilgung ist erforderlich 13,057,900 fl., um 1,202,300 fl. weniger als im Vorjahre. Diese Verminderung entsteht vornehmlich durch den Entfall der Lose von 1834, die noch vom Etat des laufenden Jahres berichtet werden. In Kapitalsanlagen ist 3,707,000 fl., Laudemialentschädigung 1,525,700 fl., Dagenschädigung 672,400 fl., Zahlungen an fremde Regierungen 83,500 fl., Münz- und Wechselverlust 10,000,000 fl. Die Zahlung an fremde Regierungen besteht in 100,000 fl. rheinisch, welche die österreichische Regierung im Jahre 1816 an den Main- und Tauberkreis zu zahlen übernommen hat.

Triest. Die Vollendung der venet. Eisenbahnstrecke bis an die Grenze des Küstenlandes erwartet man spätestens bis August. Gleichzeitig mit dieser von Casarsa nach Cormons reichenden Strecke wird auch wahrscheinlich die vom letzten Ort bis Görz reichende eröffnet werden können. Auf derselben bietet nur die Ueberbrückung des Jonzo Schwierigkeiten, doch ist die Brücke der Vollendung nahe. Es fehlt demnach nur das kurze Stück zwischen Görz und Nabresina, das über Sagrado, Monsalcone und Duino geht. Die hauptsächlichsten Arbeiten sind hierbei aber auch bereits so weit vorgerückt, daß man dem völligen Ausbau bis Ende des Jahres entgegensehen kann. Im Frühjahr 1861 glaubt man daher auch die Strecke Görz-Nabresina dem öffentlichen Verkehr übergeben zu können. Ueber die Fortsetzung der Arbeiten an der Strecke Padua-Rovigo und Mantua-Vorgosorte vernimmt man nichts. (Tr. Btg.)

Italienische Staaten.

Aus **Cagliari** wird vom 13. d. M. gemeldet: „Zwei Dampfer sind heute unter amerikanischer Flagge in den hiesigen Hafen eingelaufen. Sie haben Freiwillige für Sizilien an Bord. Auf dem „Washington“ befinden sich ihrer 1400 und auf dem „Oregon“ zwischen 300 und 400 Mann. Den amerikanischen Kapitän und einen amerikanischen Künstler ausgenommen, hat keiner derselben das Land betreten. Wie der Kapitän des „Oregon“ mittheilte, erwarten diese beiden Dampfer die Ankunft eines dritten, der ein großes Segelschiff im Schlepptau hat und mit welchem zusammen an 3000 Freiwillige nach Sizilien befördert werden sollen. Garibaldi's „Engländer“ (von dem während des italienischen Feldzuges so viel Gutes erzählt worden waren) befindet sich mit auf dem „Washington“. Der Enthusiasmus, mit welchem diese Leute in den Kampf für Italien gehen, läßt sich aus den Entbehrungen erweisen, denen sie sich unterziehen. Ein amerikanischer Maler zeigte eine Skizze, die er an Bord des „Washington“ gemacht hatte, und es ist wirklich entsetzlich zu sehen, wie diese — meist vermöglichen und aus guten Familien stammenden — Leute zusammengepfercht sind. Kaum daß Raum zum Niederlegen vorhanden ist, und dieß während der furchtbaren Hitze dieser Breitengrade! Auf keinem Zwischendeck eines Sklavenschiffes kann es grünlischer aussehen!“

Nachrichten aus **Rom** zufolge beläuft sich die Gesamtsumme des Peterpennilys bis jetzt auf 800,000 Skudi.

Frankreich.

Paris. Baron Rothschild, der in Neapel etablirt war, wird nicht mehr dorthin zurückkehren, sondern sich auf einer von ihm angekauften Besitzung am Genfer See niederlassen.

Man spricht davon, daß der Kaiser in Gesellschaft der Kaiserin und des kaiserlichen Prinzen bei der Eröffnung der Kehler Brücke anwesend sein wird. Dabei soll wieder eine Zusammenkunft mit deutschen Fürsten stattfinden.

Großbritannien.

London, 18. Juni. Der „Great Eastern“ hat gestern früh seinen Ankerplatz bei Southampton verlassen und hat nun endlich doch seine Fahrt nach Amerika angetreten. Es wehte eine scharfe Brise, als er abfuhr, die See ging hoch, die Küsten waren in Nebel gehüllt und es fiel ein feiner Regen, der jede Aussicht auf eine Entfernung von ein Paar Tausend Fuß unmöglich machte. Trotzdem machte das Schiff die gefährliche Fahrt durch den Solent, vor den Needles vorbei, wo erst Abends zuvor ein vom Kap zurückgekommener Transportdampfer gestrandet war, ohne den geringsten Unfall, und gestern Abends ward es von Plymouth aus gesehen, als es etwa 3 Meilen der Küste entlang mit eingeregten Segeln den Kanal hinabfuhr. Vorwärts halber werden die Maschinen nur mit einem Theile ihrer Kraft arbeiten. Schon die herrschenden Nebel und die ungeheuren Eisberge, die, eben jetzt von Norden kommend, den atlantischen Ozean füllen, machen es dem Kapitän zur Pflicht, langsam zu fahren, und so glaubt man, daß die Ueberfahrt im günstigen Falle 10, vielleicht aber auch 15—16 Tage in Anspruch nehmen wird. Die Umstände und dem bisherigen Mißgeschick des Schiffes ist es beizumessen, daß sich nur 34 Passagiere, darunter 2 Damen, an dieser Probefahrt betheiligt haben.

Bermischte Nachrichten.

Laibach. Seit einigen Tagen ist am nordwestlichen Himmel ein schöner, großer Komet sichtbar und mit unbewaffnetem Auge deutlich zu erkennen. Er erscheint gegen 10 Uhr und bewegt sich sehr schnell.

— Der Posener polnischen Zeitung zufolge hat ein polnischer Outbesitzer aus der Provinz Posien von dem reichen Fürsten Castiglione den Besitz gekauft und beabsichtigt, am Fuße desselben ein großartiges und prachtvolles Hotel für die reichen englischen Touristen zu erbauen.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Paris, 25. Juni. Prinz Jerome ist gestorben. Eine Turiner Depesche vom 24. d. M. meldet: Fürst Torrearsa, ein Freund Cavour's, ist zum Stellvertreter des Diktators während Garibaldi's Abwesenheit ernannt.

Neueste Ueberlandpost.

Calcutta, 19. Mai. Die Indigodistrikte sind größtentheils beruhigt.

Singapore, 14. Mai. Der größte Theil der nach China bestimmten Truppen ist hier durchgezogen. Da wegen der Unruhen in Banjarmasin die Kohlenwerke daselbst nicht bearbeitet wurden, so schrieb die holländische Regierung Lieferungen von 30,000 Tonnen Kohlen für niederländisch Indien aus.

Java, 8. Mai. Die Telegraphenverbindung zwischen Batavia und Muntok, Muntok und Singaper, ist unterbrochen. Gegen tausend Bergbewohner auf Timor griffen das Fort Varentuka an, wurden jedoch zurückgeschlagen. Im hiesigen Archipel zeigen sich wieder Piraten.

Point de Galle, 29. Mai. Der Dampfer „Malabar“ mit Elgin und Gros ist im Hafen gescheitert. Passagiere und die Post wurden gerettet. Der Wrak liegt im Sande, Taucher versuchen das Bargeld zu retten. Elgin und Gros hierdurch zurückgehalten, verloren ihre Gesandtschaftsdepeschen.

Shanghai, 28. April. Die Allirten besetzten am 21. ohne Widerstand Chusan. Die Bewegungen der Rebellen werden beunruhigender, der Handel stockt.

Neuestes aus Italien.

Vivorno, 18. Juni. Am 17. d. soll in Pisa eine reaktionäre Verschwörung entdeckt worden sein.

Palermo, 19. Juni. Die Räumung Palermos von den neapolitanischen Truppen ist beendet; auf dem Kastell wehen die Tricoloren. Die neapolitanischen Fregatten haben den Hafen von Palermo verlassen.

Turin, 23. Juni. Die Gerüchte betreffs einer Aenderung des Ministeriums erhalten sich. Zum Finanzminister soll Professor Pastori, Pepoli statt Jacini zum Minister der öffentlichen Arbeiten designirt sein. Einem Gerüchte zufolge soll La Farina bald aus Sizilien zurückkehren, da er bei den von Garibaldi mit den Regierungsangelegenheiten in Palermo

betrauten Männern nicht die gewünschte Aufnahme gefunden.

Anlässlich der Session Nizza's und Savoyens verliert Piemont 17,000 Mann. Von den 85 savoyischen Offizieren, welche früher unter Piemont fortgedienten wollten, sollen über Ansuchen eines in Turin angekommenen französischen Obersten, welcher ihnen binnen 24 Stunden die Wahl zwischen dem französischen und italienischen Bürgerrechte freigestellt, nur 29 in piemontesischen Diensten verblieben sein.

Turin, 24. Juni. Die „Opinione“ meldet, daß der König von Neapel schwer krank sei. (Nach direkten zuverlässigen Nachrichten, die in Wien eingetroffen sind, ist der König bloß unpäplich.) (Tr. Btg.)

Ein

Zwischenfall in der Wohnungsfrage.

Viele unserer verehrten Leser dürften vielleicht glauben, daß unsere Wohnungsfrage dadurch eine Störung erleiden werde, weil nun entschieden ist, daß der Sitz der Landesregierung nach Triest verlegt wird. Es ist nicht in Abrede zu stellen, daß dieses Ereigniß geeignet ist, die wahrgenommene Niedergeschlagenheit zu rechtfertigen, und eher Besorgnisse wegen künftiger einträglicher Verwendung der Wohnungen zu erregen, als das Bedürfniß nach Vermehrung derselben zu begründen. — Wir hingegen theilen diese Befürchtungen durchaus nicht.

Wenn die Regierung den Entschluß gefaßt hat, bei den verschiedenen Verwaltungszweigen Ersparnisse einzuführen, so ergibt sich die Verminderung der Aemter und Behörden als eine notwendige Folge von selbst. Wenn auch Gründe vorliegen, die durch die Uebersehung der Landesregierung von hier nach Triest die Erreichung der Ersparnisse nicht in dem Maße rechtfertigen, als wenn die Statthalterei von Triest vielmehr nach Laibach übersetzt worden wäre, so erscheint demnach diese Verfügung als eine Konsequenz der Regierungsmaßregeln, und ist nun als eine Thatsache zu betrachten. Wenn auch jene Motive uns unbekannt sind, welche den Ausschlag dießfalls gegeben haben, so müssen wir uns doch durch die Betrachtung bescheiden lassen, daß man der Regierung nicht zumuthen könne, sie solle den Behörden deßhalb noch das Fortbestehen belassen, damit die materiellen Interessen dieser oder jener Stadt nicht nachtheilige Veränderungen erleiden.

Durch die Verminderung der Behörden sollen jedoch nicht allein Ersparnisse erzielt, sondern es sollen auch viele Geschäfte den Landes- und Gemeindevertretungen zugewiesen, und somit die bisher bestandene amtliche Bevormundung außer Wirksamkeit gesetzt werden, ein Ereigniß, welches eine feste Grundlage zur Hebung der allgemeinen Interessen bildet, als der Umstand, daß eine größere Anzahl von Familien ihre fixen Einkünfte in einem bestimmten Orte verzehren.

Sowie es für einen einzelnen Menschen erfreulich ist, wenn er zur freien Bewegung und Verwaltung gelangt, eben so muß den Völkern der Augenblick erwünscht erscheinen, der ihnen eine Art Selbstständigkeit gesichert und die Autonomie gibt. Die Autonomie der Kronländer, welche auch in der letzten Verfügung ausgesprochen ist, erfordert die Einsetzung einer unabhängigen Körperschaft, welcher die Verathung oder Beschließung sowohl in der Späre der gesetzgebenden Gewalt, als auch der Verwaltung anvertraut wird, und die Einsetzung dieser Körperschaft läßt uns auf einen theilweisen Ersatz über den dießfälligen Verlust hoffen, weil auch dabei habile Beamte zur Besorgung der fortlaufenden Geschäfte benützt werden.

Wenn jedoch dieser Ersatz mit dem Verluste in keinem Ebenmaße stehen sollte, so läßt uns die Einführung von Reformen eine Regsamkeit erwarten, die uns in einer andern Richtung dadurch hinreichende Entschädigung bringen dürfte, daß wir zu jener Selbstständigkeit gelangen, die uns Kraft zur eigenen Förderung unserer geistigen und materiellen Interessen zu verleihen im Stande ist. — Dießemnach möge uns die bereits geschehene Verfügung nicht mutlos machen, unsere Stadt an ihrer Zukunft nicht verzweifeln lassen, ja vielmehr soll eben diese Erscheinung in uns die Ueberzeugung begründen, daß ein besseres Zusammenwirken aller Kräfte zur Erzielung gemeinsamer Vortheile benötigt werde, als es bisher der Fall gewesen zu sein scheint, wo es an persönlichen Abneigungen, an Scheidungen zwischen Formhalten gewisser Klassen, und an gefälligen Anschließungen nicht gemangelt hat.

Wir sehen die Veränderungen schnell nach einander folgen, und eben diese Wahrnehmung läßt uns hoffen, daß auch die jetzt so sehr beklagte Verfügung einem baldigen Wechsel unterliegen könne: denn Alles, was gegen den natürlichen Lauf der Verhältnisse geschieht — ist von kurzer Dauer. Es liegt nun an uns, so viel als möglich den Aufenthalt hier angenehm zu machen, und jene Bedingungen herbeizuführen, welche sich als eigentlichen Hebel zur Blüthe einer Stadt darstellen, daher wir nun mit der Wohnungsfrage fortfahren werden.

Anhang zur Laibacher Zeitung.

Effekten- und Wechsel-Kurse
an der k. k. öffentlichen Börse in Wien
Den 25. Juni 1860.

Effekten.	Wechsel.
5% Metalliques 70.10	Angsburg . . . 108.75 Br.
5% Nat.-Ant. 79.20	London . . . 127.10 Br.
Banckattien . . . 857.	R. f. Dufaten 6.5
Kreditaktien . . . 187.10	

Eisenbahn-Fahrordnung von Wien nach Triest.

		Abfahrt		Ankunft	
		Uhr	Min.	Uhr	Min.
Postzug Nr. 1:					
von Wien	Früh	8	50	—	—
" Graz	Nachm.	5	32	—	—
" Laibach	Nachts	1	18	—	—
in Triest	Früh	—	—	6	50
Postzug Nr. 3:					
von Wien	Abends	8	40	—	—
" Graz	Früh	5	21	—	—
" Laibach	Nachm.	1	19	—	—
in Triest	Abends	—	—	6	54
Postzug Nr. 2:					
von Triest	Früh	6	45	—	—
" Laibach	Mittag	12	44	—	—
" Graz	Abends	8	52	—	—
in Wien	Früh	—	—	5	41
Postzug Nr. 4:					
von Triest	Abends	6	45	—	—
" Laibach	Nachts	12	29	—	—
" Graz	Früh	8	37	—	—
in Wien	Nachm.	—	—	5	48

Fremden-Anzeige. am 23. Juni 1860.

Hr. Ritter v. Gandini, k. k. Rath's-Sekretär, von Neustadt. — Hr. Leskovich, k. k. Bezirks-Richter, von Lubberg. — Hr. Fleischer, Kassier der n. österr. Öskompte-Gesellschaft, von Wien. — Hr. Schmid, Direktor, von Görz. — Hr. Gum, Apotheker, und — Hr. Herzog, Beamte, von Leoben. — Hr. Hell, Kaufmann, von Triest. — Hr. Steiner, Handelsmann, von Marburg. — Hr. Kappel, Kaufmann, und — Hr. Hutter, Privatier, von Knittelfeld.

Den 24. Hr. Löwy, Kaufmann, von Wien. — Hr. Peka, Kaufmann, von Prag. — Hr. Bazzanella, Kaufmann, — Hr. Selva, — Hr. Covacich, und — Hr. Semeniz, Handelsleute, und — Hr. Hecht, Agent, von Triest. — Fr. Grefel, Private, von Treffen.

3. 211. a (2) Nr. 190. Kundmachung.

Die schriftliche und mündliche Prüfung der am k. k. Laibacher Gymnasium angemeldeten Privatisten wird für's II. Semester 1860 am 25. und 26. Juli l. J. um 8 Uhr Vormittag abgehalten werden.

In Folge hohen Unterrichts-Ministerial-Erlasses vom 9. Juni 1858, Z. 9653, haben sich die betreffenden Schüler katholischer Religion vor Ablegung der Privatprüfung bei der k. k. Gymnasial-Direktion mit einem Zeugnisse darüber auszuweisen, daß sie den Religionsunterricht von einem hiezu vom hochwürdigsten f. b. Ordinariate ermächtigten Priester erhalten und die Pflichten bezüglich der religiösen Übungen erfüllt haben.

k. k. Gymnasial-Direktion.
Laibach am 20. Juni 1860.

3. 112. (1)

Bei **Joh. Kraschovich in Laibach** befindet sich die Hauptniederlage von **Baumann's k. k. aussch. priv. sehr billigen**

fliegen-Vertilgungspulver.

Dieses ist kein ähnliches Mittel an Wirksamkeit nach, ist giftfrei, und kostet ein mit Gebrauchsanweisung versehenes Päckchen

zu 2 Loth 5 fr.,
zu 1/2 Pfund 30 fr.

An Abnehmer größerer Mengen zum Wiederverkauf wird es unter sehr günstigen Bedingungen abgegeben.

3. 1038. (3)



Holloway's Pillen.

Dieses unschätzbare Spezifikum, nur von medizinischen Kräutern zusammengesetzt, ist von allen merkurialen und giftigen Substanzen frei. Dem zartesten Kinde oder der schwächsten Konstitution unschädlich, und zu gleicher Zeit eine Krankheit in dem robustesten Körper schnell und gewiß vertilgend, ist es ganz sicher in seinen Operationen und Wirkungen, indem es die

3. 266. (5)

NIEDERLAGEN

zu ungemein billigen Preisen von allen Gattungen

Longshaws — Shawl-Tüchern — Seiden-, Weiss-, Schafwoll- und Baumwollwaren — Bändern — Möbelstoffen, echt amerikanische Leather Cloths „Ledertuch“, Vorhang-Musselins — Fenster-Rouletten — Salon- und Bett-Teppichen, Lauftüchern — Bett-Flaumen und Federn für Kopfpölster und Duchenten, — fertigen Matratzen — Bettdecken — Schafwoll- und Baumwoll-Bettkötzen — Regen und Sonnenschirmen — Klattauer Wäschwaren — Neuesten Tapeten-Mustern zum Ausspallieren der Zimmer, befinden sich am Hauptplatz Nr. 239 in Laibach bei

Albert Trinker.

3. 1119. (1)

Zur Verpachtung wird angetragen:

ein ganzes, zum Gasthausbetriebe sehr geeignetes Haus mit 27 Zimmern, Keller, Stallungen, Brunnen, Hof und Garten, auf mehrere Jahre, in der Stadt Laibach auf frequentem Platz, sammt Gasthausbefugniß. — Nähere Auskunft ertheilt **Johann Anton Schuller**, autoris. Agent zu Laibach.

Einladung zur Pränumerations.

Wir erinnern die geehrten Abonnenten der „Laibacher Zeitung“ und „Blätter aus Krain“, hiermit höflich, die Pränumerationsbeträge für das mit **1. Juli** beginnende zweite Semester d. J. rechtzeitig einzusenden, da bei verspäteter Einsendung die bereits erschienenen Nummern schwerlich nachgeliefert werden können.

Die Pränumerations-Bedingungen sind wie bisher:

Ganzjährig mit Post, unter Kreuzband versandt, . . .	15 fl. — fr. öst. W.	Ganzjährig für Laibach, in's-Haus zugestellt, . . .	12 fl. — fr. öst. W.
halbjährig dto do do . . .	7 „ 50 „ „	halbjährig do do do . . .	6 „ — „ „
ganzjährig im Comptoir unter Couvert . . .	12 „ — „ „	ganzjährig im Comptoir offen . . .	11 „ — „ „
halbjährig do do . . .	6 „ — „ „	halbjährig do do . . .	5 „ 50 „ „

Die Pränumerations-Beträge wollen portofrei zugesandt werden.

Die Insertions-Gebühren in das Intelligenzblatt der „Laibacher Zeitung“ betragen für eine Garmond-Spaltenzeile, oder den Raum derselben, für einmalige Einschaltung 6 fr., für zweimalige 8 fr. und für dreimalige 10 fr. öst. W. u. f. f. wenn die Wiederholung der Einschaltung innerhalb acht Tagen erfolgt. Zu diesen Gebühren sind noch 30 fr. „für Insertionsstempel“ für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. — Inserate bis zu 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 fr. für drei Mal, 1 fl. 40 fr. für zwei Mal und 90 fr. für ein Mal, mit Inbegriff des Insertionsstempels.

Vollständige Pränumerations-Beträge und Insertions-Gebühren wollen franko berichtet werden.

Laibach, im Juni 1860.

Ignaz v. Kleinmayr & Fedor Bamberg.